



Datum: 28.02.14

## Positionspapier Mobilität

### 1. Allgemeines

Unsere heimische Automobilindustrie und Infrastruktur stehen aufgrund der Endlichkeit fossiler Antriebsstoffe und der veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Reduktion des CO<sup>2</sup>-Ausstoßes vor immensen Herausforderungen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten. Zur Sicherung unserer Weltmarktstellung im Automobilssektor, und somit auch der Arbeitsplätze in der Region, ist ein unterstützendes Begleiten der Politik der Entwicklung alternativer Antriebssysteme aber auch der Effizienzsteigerung fossiler Antriebe von Nöten. Dies muss auch durch eine stetige Verbesserung der nationalen Infrastruktur begleitet werden. Durch die moderne Informationstechnik und die oft langwierige Planung von Infrastrukturprojekten sowie der oft für den Bürger unverständlichen Kostensteigerungen ist ein parallel stattfindender dauerhafter Dialog zwischen Politik, Bürgern und Unternehmen notwendig. Das Verhältnis zwischen effizienten Verkehrswegen und moderner Technik einerseits und geringstmöglicher Umwelt- und Kostenbelastung andererseits muss dabei ausgewogen sein und darf weder ideologisch noch parteipolitisch ins Missverhältnis gebracht werden. Gleiches gilt auch für die Interessen von Bund, Ländern, Kommunen, Bürgern und Unternehmen. Beim Vorantreiben innovativer Antriebstechnologie muss auch grenzüberschreitend gearbeitet werden. Da der Hauptanteil der deutschen Automobile heutzutage in Asien oder Nordamerika vertrieben wird, muss eine Beeinträchtigung der dortigen Absatzzahlen vermieden werden. Gleichwohl muss auch die Europäische Union als fördernder Partner mit ins Boot genommen werden, um ein Umschwenken weg von fossilen hin zu neuen Antriebstechniken zu ermöglichen und die dafür notwendige gesamteuropäische Infrastruktur herzustellen. Die Chance für die Automobilhersteller ihren Absatz in Europa dadurch zu steigern, dass neue Antriebssysteme zu einer gestiegenen Nachfrage einer neuen Automobilgeneration führen und dass damit ein gänzlich neuer Markt auf dem an sich gesättigten Heimatmarkt entsteht, darf dabei auch nicht außer Acht gelassen werden.

## 2. Positionen und Forderungen der JU Kirchheim

- Intelligente Verkehrsführung in Städten und Ballungsräumen. Hierzu ist eine gesteigerte Verkehrssteuerung von Nöten. So wird es ermöglicht, durch Navigationssysteme, Radiodurchsagen, Apps oder elektronischen Verkehrsanzeigen Verkehrsteilnehmer/innen frühzeitig über Behinderungen zu unterrichten und ihnen gleichzeitig eine Umfahrungsalternative aufzuzeigen. Eine Verkürzung der Staukilometer würde dabei zu einer Verringerung des CO<sup>2</sup>-Ausstoßes führen und damit der Erreichung der Klimaziele dienen.
- Gerade in Großstädten wie Stuttgart oder München, aber auch kleineren Städten, ist es förderlich, Ortsumfahrungen zu bauen, um so den Transitverkehr aus den Stadtzentren fernzuhalten. Das dadurch reduzierte Verkehrsaufkommen würde somit wieder zu einer Verringerung der Staus und des CO<sup>2</sup>-Ausstoßes führen.
- Der Trend zu Car-Sharing und die steigenden Fahrgastzahlen beim ÖPNV sollen dabei keinen Gegensatz zum privaten Automobil darstellen. Vielmehr soll die Förderung von P+R-Angeboten oder Kombitickets eine Verzahnung mehrerer Verkehrsmittel ergeben und somit den Innenstadtverkehr entlasten, aber die individuelle Mobilität nicht beeinträchtigen. Auch der Ausbau des ÖPNV trägt damit zu einem ganzheitlichen Verkehrskonzept bei.
- Die Fördermittel für Antriebstechniken sollen nicht nach ideologischer Haltung vergeben werden, sondern zur Sicherstellung der Erreichung von ökologischen und ökonomischen Zielen. Ob diese durch Elektromobilität, Hybridantriebe oder dem Einsatz von Brennstoffzellen erreicht werden, ist dabei nachrangig. Der freie Markt wird hier langfristig die überlegene Technologie herausbilden oder auch einen Antriebsmix sichern. Technologieoffenheit bei der Zuteilung von Förderungen ist daher unser Anliegen.
- Von der Politik verlangen wir diesbezüglich eine Erhöhung der Forschungsausgaben, da die hierfür anfallenden Kosten eine Investition in unsere Wettbewerbsfähigkeit der Zukunft sind und langfristig durch Steuereinnahmen wieder erwirtschaftet werden. Auch eine fachorientierte Information über technische Aspekte von politischen Entscheidungsträgern ist notwendig, um ideologische Ressentiments gegenüber Technologien abzubauen.